

**IN-01 In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben**

Gremium: Landesparteirat (LPR)  
Beschlussdatum: 15.10.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben

**Antragstext**

1 Unsere Demokratie ist die Basis für eine Gesellschaft, in der alle Menschen  
2 gleich an Würde und Rechten leben können und in der Teilhabe und  
3 Selbstbestimmung für alle möglich ist. Sie lebt davon, dass sich Menschen  
4 einbringen und mitbestimmen. Sie kann auch anstrengend sein, wenn  
5 unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen und diskutiert werden müssen.  
6 Doch der demokratische Wettstreit um die besten Ideen ist Kern einer lebendigen  
7 Demokratie und macht diese erfolgreich. Die Grenzen sind dort erreicht, wo kein  
8 Wettbewerb mehr stattfindet, sondern Menschen diskriminiert, herabgesetzt und  
9 durch Hass und Hetze aus der öffentlichen Debatte ausgegrenzt werden sollen.  
10 Dagegen muss unsere Demokratie wehrhaft sein und ist es auch. Dass eine  
11 deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland die Demokratie für die richtige  
12 Staatsform hält, zeigt, wie verankert sie ist. Die Basis unserer Demokratie  
13 bilden die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte. Gemeinsam mit  
14 anderen Demokrat\*innen werden wir die Demokratie gegen ihre Feind\*innen  
15 verteidigen. Gleichzeitig arbeiten wir auch daran, die Demokratie zu stärken,  
16 weiterzuentwickeln und so mehr Teilhabe zu ermöglichen.

17 Eine Gemeinschaft, die gerade in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenhält und ihre  
18 Minderheiten schützt, ist das Lebenselixier von Demokratien. Zusammenhalt in der  
19 Gesellschaft macht Wandel und Fortschritt möglich, schützt Bewahrenswertes und  
20 stärkt unsere Belastbarkeit und Resilienz in Zeiten multipler Krisen. Es ist  
21 daher unsere politische Aufgabe, einer Gefährdung des gemeinschaftlichen Wir und  
22 unseres Zusammenhalts entschieden entgegenzutreten. Denn vom Faschismus und den  
23 Feind\*innen der Demokratie werden wir alle als gesamte demokratische  
24 Gesellschaft bedroht.

25 Ein zentraler Faktor zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das  
26 Vertrauen: Das Vertrauen in den Staat und seine Wirksamkeit, in unser  
27 demokratisches politisches System, aber auch in das Vertrauen zueinander – von  
28 Mensch zu Mensch. Klare Verfahren, Transparenz und eine offene Vermittlung von

29 Entscheidungen und Kompromissen stärken das Vertrauen und sind ein Auftrag an  
30 alle handelnde politischen Akteur\*innen. Wir stehen für eine Politik, die den  
31 Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns setzt.

### 32 **Ein Staat, der funktioniert, Herausforderungen löst und Sicherheit gibt**

33 Das Vertrauen der Menschen in ihren Staat ist dann besonders hoch, wenn sie das  
34 Gefühl haben, dass sich die Regierung und ihre Verantwortungsträger\*innen um  
35 aktuelle Herausforderungen zuverlässig kümmern, vorausschauend handeln und  
36 Maßnahmen treffen, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren. Entsprechend haben  
37 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU ihre ambitionierten Ziele transparent und  
38 nachprüfbar in einer Koalitionsvereinbarung niedergelegt. Zugleich wurde rasch  
39 und umfassend auf kurzfristige und nicht vorhersehbare Entwicklungen im  
40 Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine mit Maßnahmen reagiert, um  
41 die soziale Infrastruktur und die Kommunen zu unterstützen, Arbeitsplätze zu  
42 sichern, Betriebe zu stützen und eine stabile Energieversorgung zu  
43 gewährleisten.

44 Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Aufgabe an, die Menschen nicht nur  
45 "mitzunehmen", sondern die Antworten gemeinsam zu gestalten. Jede\*r von uns  
46 möchte Veränderungen verstehen, mitgestalten, Teil dessen sein, und Teil einer  
47 Gemeinschaft, die die Zukunft gestaltet.

48 Für viele Menschen hat das Versprechen von gesellschaftlichem Wohlstand und  
49 Sicherheit jedoch durch die wirtschaftliche Entwicklung und Inflation, die  
50 Auswirkungen der Klimakrise, den Krieg in Europa, und den daraus resultierenden  
51 Fluchtbewegungen auf der Welt tiefe Risse bekommen. Immer mehr Menschen erleben  
52 spürbar die Herausforderungen der wirtschaftlichen Lage. Damit gehen zu oft  
53 Verlustängste und schwindendes Vertrauen in den Staat und unser politisches  
54 System einher. Zweifelt die Bevölkerung die Funktionsfähigkeit des Staates an,  
55 erodiert das Fundament unserer Demokratie. Bereits zu Beginn dieser  
56 Legislaturperiode haben wir als schwarz-grüne Koalition Maßnahmen getroffen, um  
57 einen funktionierenden Staat zu stärken, insbesondere in den Bereichen, in denen  
58 die Menschen unmittelbar die Leistungsfähigkeit des Staates erfahren und  
59 erwarten: An den Schulen haben wir die Anzahl der Lehrkräftestellen um mehr als  
60 3.000 erhöht und die Verdienstlücke zwischen Lehrkräften an den Grundschulen und  
61 Gymnasien geschlossen. 3.000 Polizeianwärter\*innen starten 2023 die  
62 Polizeiausbildung. NRW führt ein vergünstigtes Sozialticket als Variante des  
63 Deutschlandtickets ein, um von Armut betroffenen Menschen mehr Teilhabe durch  
64 Mobilität zu ermöglichen. Es ist entscheidend, dass der Staat die Transformation  
65 sozialgerecht gestaltet, sodass jede\*r davon profitiert. Wir werden Armut  
66 bekämpfen und die soziale Infrastruktur vor Ort stärken.

67 Kontakte mit staatlichen Behörden und der Verwaltung im Alltag der Bürger\*innen  
68 wollen wir einfacher und verständlicher machen. Dazu gehört eine Verwaltung, die

69 mehrere Sprachen anbietet, aber auch eine digitale Strukturreform für die  
70 Landesbehörden und die kommunalen Verwaltungen. Solo-Selbstständige und kleine  
71 Unternehmen wollen wir von übermäßigen Bürokratieranforderungen und  
72 Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw.  
73 anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung  
74 (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

75 Wir GRÜNE NRW stellen uns der Verantwortung, auch in herausfordernden Zeiten  
76 Entscheidungen zu treffen, Sicherheit zu schaffen und eine sozial-ökologische  
77 Transformation voranzubringen. Dafür brauchen wir alle Talente, einen Willen zum  
78 Gemeinsinn und Optimismus. Gerade durch Transformation schaffen wir einen  
79 nachhaltigen Wohlstand und Sicherheit. Wir investieren in unsere Zukunft: Wir  
80 gestalten den Strukturwandel, stärken unsere soziale Infrastruktur und schaffen  
81 gleichwertige Lebensverhältnisse, z. B. durch bezahlbares Wohnen und nachhaltige  
82 Stadtentwicklung.

83 Um diese Zukunftsaufgaben anzugehen und ein friedliches, respektvolles und  
84 vielfältiges Leben zu führen, benötigen wir eine starke Demokratie. Und diese  
85 ist nur so stark, wie die Gesellschaft, die sie bildet. Dafür braucht es einen  
86 Aufbruch aller Demokrat\*innen und ein gemeinsames Einstehen für unsere  
87 demokratischen Grundwerte und den Schutz derer, die sie verteidigen. **Es braucht**  
88 **ein „Wir“-Update.**

### 89 **Das Gemeinsame im Nahen kennen lernen**

90 Zusammenhalt in der Gesellschaft entsteht, wenn man gemeinsame Erfahrungen  
91 macht. Soziale Interaktionen und soziale Begegnungen schaffen und stärken das  
92 Gemeinschaftsgefühl. Denn im ständigen Kontakt und Dialog fallen  
93 Berührungspunkte, Vorurteile können reflektiert werden und wir entwickeln ein  
94 besseres Verständnis für unterschiedliche Werthaltungen, Lebensentwürfe,  
95 Familienkonstellationen und kulturelle Hintergründe. Wir lernen voneinander –  
96 Gemeinsamkeiten verbinden, Unterschiede schwinden.

97 Wenn Nachbar\*innen sich kennenlernen, einander unterstützen und in Notlagen  
98 helfen, entsteht Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Insbesondere in schwierigen  
99 Zeiten hat die gemeinsame Kraftanstrengung von Menschen innerhalb der  
100 Stadtteile, Ortschaften und Quartiere herausragendes vollbracht. So wurden  
101 innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte und Hilfsgüter für Geflüchtete aus der  
102 Ukraine und anderen Krisenregionen organisiert. Eine zentrale Lehre:  
103 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft.

- 104 • Gemeinsinn bedeutet nicht nur Familie und Freund\*innen, er beginnt oft  
105 genau an unserer Türschwelle und in unserer Nachbarschaft. Dort begegnen  
106 sich Fremde auf engem Raum. Damit sich die Nachbarschaft gerade in den  
107 Städten begegnen kann, braucht es öffentliche Plätze. Wir setzen uns daher

108 für eine andere Art von Stadtentwicklung ein. Statt auf Parkplätze setzen  
109 wir auf **Orte der Begegnung**, auf mehr Raum für Straßenfeste und ihre  
110 unbürokratische Beantragung. Viele europäische Großstädte machen das  
111 Modell der sozial ausgewogenen Wohn- und Stadtplanung bereits vor. Dafür  
112 möchten auch wir uns stärker einsetzen. Darüber hinaus wollen wir mehr  
113 Orte der Begegnung auf öffentlichen Plätzen, in Kunst- und  
114 Kultureinrichtungen und Bibliotheken und Gemeinschaftszentren schaffen und  
115 sie stärken.

116 • Wir wollen die Schweizer Idee der Allmende nach NRW bringen. Diese Wiesen  
117 im Allgemeinbesitz können gemeinschaftlich genutzt und geprägt werden. In  
118 ländlichen Räumen braucht es für Begegnungen vor allem Gelegenheiten und  
119 gemeinsame Aktivitäten und Feste – hier leisten die unterschiedlichen  
120 Vereine und zivilgesellschaftlichen Akteure einen zentralen Beitrag. Orte  
121 der Begegnung und **Akteure der Begegnung**: Sie stehen im Zentrum unserer  
122 Nachbarschaftspolitik.

123 • NRWs Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Die vielen engagierten  
124 Menschen tragen zum gemeinschaftlichen Füreinander und Miteinander bei.  
125 Sei es der Sportverein von nebenan, der Jung und Alt zusammenbringt oder  
126 der interkulturelle Verein, der sich für mehr Verständigung einsetzt. Sie  
127 alle schaffen Möglichkeiten der Begegnung.

## 128 **Klare Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

129 Krisen werden von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteur\*innen  
130 als Nährboden für Hass und Hetze genutzt. Soziale Netzwerke, die negative  
131 Botschaften wie Hass, Hetze und Desinformation deutlich stärker verbreiten als  
132 Fakten oder positive Botschaften, bieten ihnen einen enormen Vorteil gegenüber  
133 demokratischen Parteien. Mit der Corona-Pandemie, dem Angriffskrieg gegen die  
134 Ukraine und den Auswirkungen auf die Energiekosten und Verbraucherpreise auch  
135 hier in Deutschland sowie mit ihrer Leugnung der Folgen der Klimakrise, finden  
136 rechtsextremistische Parteien gezielt Anlässe, um antidemokratische Positionen  
137 zu propagieren, den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen zu  
138 delegitimieren, Menschen zu verunsichern und Rassismus, Antisemitismus, Frauen-  
139 und Queerfeindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen zu schüren.

140 Von der Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung aufgrund der multiplen Krisen,  
141 profitieren aktuell rechtsextreme Akteur\*innen, jedoch ist dies nicht die  
142 einzige Ursache. Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen sind  
143 strukturell verankert und finden sich in der Mitte der Gesellschaft. Dass diese  
144 Positionen auch in der demokratischen Mitte unseres Parteiensystems lauter

145 werden, alarmiert uns und darf von demokratischen Akteur\*innen nicht  
146 unbeantwortet bleiben. Seit Jahren erleben wir eine Zunahme von Hate Speech und  
147 die Verbreitung von Verschwörungsmysmen, die oftmals antisemitisch und  
148 rassistisch geprägt sind. Extrem rechte Positionen und Erzählungen sind deshalb  
149 eine konkrete Gefahr für gesellschaftliche Minderheiten und für unsere gesamte  
150 demokratische Gesellschaft, denn die Geschichte lehrt uns: aus Worten werden  
151 Taten.

152 Rechtsextremismus kann nicht wirksam bekämpft werden, ohne Rassismus zu  
153 bekämpfen. Denn der Kern von Rechtsextremismus ist Rassismus, oft gepaart mit  
154 struktureller Frauenverachtung. Antifeminismus und Rechtsextremismus gehen Hand  
155 in Hand. Geprägt von hegemonialen Männlichkeitsbildern stellen starke,  
156 emanzipierte Frauen ein weit verbreitetes Feindbild der rechten Szene dar. Viele  
157 Menschen erleben in unserer Gesellschaft täglich Diskriminierung – auf dem  
158 Schulhof, auf öffentlichen Plätzen, bei der Wohnungssuche. Auch wenn Rassismus  
159 nicht alle Menschen unserer Gesellschaft trifft, so geht er uns alle etwas an.  
160 Denn eine demokratische Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit  
161 ihren Minderheiten umgeht und wie nahrhaft der Boden ist, auf dem Hass und Hetze  
162 gesät werden. Als GRÜNE NRW kämpfen wir entschieden gegen Rassismus und  
163 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören für uns der Schutz vor  
164 Diskriminierung, die Schaffung eines rassistuskritischen Bewusstseins in der  
165 Gesellschaft und im Staat sowie die Abbildung von vielfältigen Perspektiven und  
166 Lebenswirklichkeiten in unserer Partei und unseren Parlamenten.

167 Die aktuell hohen Umfragewerte einer eindeutig rechtsextremistischen Partei sind  
168 ebenso erschreckend, wie die Anzahl ihrer Mandatsträger\*innen in Bund, Land und  
169 Kommunen. Neben einer menschenverachtenden, demokratie- und europafeindlichen  
170 Politik, wird der Klimaschutz, ein Thema, das im Interesse unser aller, unserer  
171 Kinder und weiterer Generationen ist, abgewertet und instrumentalisiert, um  
172 Emotionen und Ängste zu schüren. Auch ist die Politik von Rechtsextremen nicht  
173 sozial – ihre Steuerpolitik sorgt für eine Umverteilung von unten nach oben.

174 • Seit unserer Gründung setzen wir Grüne uns für eine demokratische,  
175 vielfältige, inklusive und offene Gesellschaft ein. Demokratie, Freiheit,  
176 Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte waren von Beginn an die  
177 Richtschnur unserer Politik. Unsere Aufgabe ist es, im engen  
178 Schulterschluss mit den anderen demokratischen Parteien, den Medien und  
179 der Zivilgesellschaft, keine Normalisierung rechter und antidemokratischer  
180 Sprache, Narrative, Feindbilder und Politikstile zuzulassen. **Das schaffen wir, indem wir uns hiervon deutlich und in jeglicher Hinsicht abgrenzen und das auch von unseren demokratischen Mitbewerber\*innen einfordern.**

183 • Menschen vor Rassismus und anderer menschenverachtender Diskriminierung  
184 und Gewalt zu schützen und sie zu unterstützen, ist die Aufgabe der

185 gesamten Gesellschaft. Mit der **Finanzierung von Beratungsstrukturen gegen**  
186 **Rechtsextremismus und Rassismus**, also der Mobilen Beratung gegen  
187 Rechtsextremismus, der Opferberatung und der Aussteigerberatung, reagiert  
188 die schwarz-grüne Koalition auf den höheren Beratungsbedarf. Mit dem  
189 **Landesantidiskriminierungsgesetz** und der **Landesantidiskriminierungsstelle**  
190 wird das grün geführte Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
191 Gleichstellung, Flucht und Integration Betroffene unterstützen, sich gegen  
192 Diskriminierungen zu wehren. Dabei wollen wir jede Benachteiligung  
193 aufgrund von Alter, Behinderung, Bildungsstatus, geschlechtlicher  
194 Identität, Nationalität, rassistischer Zuschreibung, religiöser  
195 Überzeugung, sexueller Orientierung oder sozialer Herkunft in den Blick  
196 nehmen.

197 • Die schwarz-grüne Landesregierung wird die Handlungskonzepte gegen  
198 Rechtsextremismus und Rassismus im Austausch mit der Zivilgesellschaft und  
199 insbesondere unter Einbindung der **Perspektive der von Rassismus**  
200 **betroffenen Menschen** weiterentwickeln.

201 • Wir begrüßen, dass Spezialist\*innen von Staatsanwaltschaften und Polizei  
202 verstärkt gegen Hass, Hetze und Gewalt sowohl im Internet, wie in der  
203 analogen Welt vorgehen. Es darf keine rechtsfreien Räume für  
204 Rechtsextremismus und Rassismus geben. Unser demokratischer Rechtsstaat  
205 muss sich als wehrhaft erweisen. Daher unterstützen wir die  
206 Bundesratsinitiative von NRW-Justiz- und NRW-Innenministerium, mit der der  
207 Austausch rassistischer, antisemitischer oder fremdenfeindlicher Inhalte  
208 im öffentlichen Dienst auch in geschlossenen Chatgruppen unter Strafe  
209 gestellt wird.

210 • Antidemokratische, rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien  
211 verfolgen die Strategie von gezielter Provokation und Rückzug mit dem  
212 Ziel, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben und  
213 Gewöhnungseffekte zu schaffen. Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Pflicht,  
214 dem entgegenzutreten. Rechtsextremistische und rechtspopulistische  
215 Parteien sind kein akzeptabler Teil des politischen Spektrums.  
216 Antidemokratische, menschenrechtsfeindliche, rechtsextremistische und  
217 rechtspopulistische Positionen, Hass und Hetze, Rassismus,  
218 Diskriminierung, Queer- und Frauenfeindlichkeit, die Verschiebung des  
219 Sagbaren, Diffamierung, Verschwörungsmymen und Lügen dürfen nicht  
220 unwidersprochen bleiben. **Für uns GRÜNE NRW war, ist und bleibt daher klar:**  
221 **Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen**  
222 **Parteien und Gruppierungen.** Selbst kleinste Kooperationen und  
223 Zugeständnisse führen zur Normalisierung. Für uns gilt auf allen  
224 politischen Ebenen unerschütterlich: Kein Fußbreit den Faschisten!

- 225 • Auf dem Feld der Flüchtlings- und Integrationspolitik erleben wir, wie in  
226 kürzester Zeit menschenrechtsfeindliche Positionen und rassistische  
227 Erzählungen unkritisch übernommen wurden. Sie verkleinern den Raum für  
228 eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, reaktivieren Positionen  
229 in der Integrationspolitik aus den dunklen 90er-Jahren und machen  
230 letztlich zu schützende Gruppen unserer Demokratie zur Zielscheibe. Wir  
231 GRÜNE NRW bleiben der Fels in der Brandung für eine Flüchtlingspolitik,  
232 die sich an Fakten und wirksamen Maßnahmen orientiert. Wir stehen zu  
233 unserer demokratischen Einwanderungsgesellschaft und zum individuellen  
234 Asylrecht.

### 235 **Demokratie in einer offenen Gesellschaft leben**

236 Demokratie ist nie fertig, sondern immer in Bewegung. Sie muss offen bleiben für  
237 Impulse aus- und Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Und sie wird von  
238 einer vielfältigen, toleranten und friedlichen Zivilgesellschaft getragen.

239 Für ein offenes, vielfältiges und demokratisches Nordrhein-Westfalen engagieren  
240 sich täglich Millionen Menschen in unserem Land. Sie heißen Geflüchtete  
241 willkommen, demonstrieren für die Rechte von queeren Menschen, kämpfen für  
242 globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen so dafür,  
243 das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: **Wir sind verschieden und dabei  
244 gleich an Rechten und Würde.** Wir kämpfen gemeinsam mit dieser engagierten  
245 Zivilgesellschaft für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für  
246 alle gibt und in der Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung,  
247 Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine  
248 Selbstverständlichkeit sind.

249 Unser Verständnis für mehr Demokratie und Einsatz gegen Rassismus ist  
250 transnational und stellt sich schützend vor Minderheiten und demokratische  
251 Stimmen. Zu oft werden ethnische und religiöse Minderheiten sowie demokratische  
252 Stimmen auch zur Zielscheibe organisierter Kampagnen. In diesem Zusammenhang  
253 nehmen wir so die stetigen Hinweise des nordrhein-westfälischen  
254 Verfassungsschutzes ernst, die auf die politische und gesellschaftliche  
255 Einflussnahme durch herkunftsstaatlich-orientierte und demokratiefeindliche  
256 Diasporavereine sowie Netzwerke aufmerksam machen.

257 Unsere Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet, weiterentwickelt und  
258 verteidigt werden. Dafür stärken wir unseren Einsatz für unser demokratisches  
259 System gemeinsam mit den Menschen in unserer Gesellschaft.

- 260 • Damit mehr Menschen ihr Recht auf die Wahl ihrer Vertreter\*innen  
261 wahrnehmen können, werden wir das **Wahlalter bei den Landtagswahlen in NRW  
262 auf 16 Jahre** absenken. Dies ist auch für Schulen ein besonderer Anlass,

263            junge Menschen darin zu befähigen, die Bedeutung ihres eigenen Handelns zu  
264            verstehen und Entscheidungen für eine nachhaltige und demokratische  
265            Gesellschaft zu treffen.

- 266            • **Es geht darum, Demokratie nicht nur in der Schule zu lehren, sondern sie**  
267            **zu leben.** Die Rechte von Schüler\*innen bezüglich der Gestaltung,  
268            Hausordnung und des Ablaufs ihrer Schule zu partizipieren, wollen wir  
269            ausweiten. Wir wollen rechtlich prüfen, welche Gestaltungsräume  
270            Schüler\*innen verbindlich gewährt werden können, damit diese demokratisch  
271            von ihnen gemeinsam verhandelt werden können. Zu diesem Zweck sollen auf  
272            Landesebene Demokratielotsen eingesetzt werden, die Schulen bei der  
273            Umsetzung von Schüler\*innenpartizipation beraten und begleiten können.
  
- 274            • **Gute externe Bildungsangebote** sollen durch die Qualitätssicherung auf  
275            Landesebene besser mit den Schulen vernetzt werden, damit diese nicht von  
276            der Breite des Angebots überfordert werden und damit sie geeignete  
277            Projekte für ihren Bedarf finden können. Auch wollen wir insbesondere die  
278            Schulleitungen für partizipative Schulkultur sensibilisieren, sie  
279            entsprechend fortbilden und die Eigenverantwortung der Schulen im Sinne  
280            eines partizipativen Schullebens erhöhen. Wir wollen zudem die  
281            Eigenverantwortung der Schulen im Sinne eines partizipativen Schullebens  
282            erhöhen.
  
- 283            • **Wissenschaft und Forschung** von heute sind frei und das ist ihre Stärke.  
284            Sie basieren auf Fakten und nachvollziehbaren Belegen und erstellen damit  
285            eine elementare, wichtige Diskussionsgrundlage für demokratische  
286            Aushandlungsprozesse. Aber auch die Wissenschaft war und ist nicht  
287            gänzlich immun gegen rechtes Gedankengut und Desinformation, wie  
288            insbesondere in Zeiten des Nationalsozialismus, des Kolonialismus oder bei  
289            Gründung einer sich als Alternative bezeichnenden Partei. Deshalb muss  
290            Wissenschaft die eigene Geschichte kritisch hinterfragen und in der  
291            Gegenwart auch in ihren Reihen für die Werte unserer Demokratie eintreten.  
292            Eine Wissenschaft, die das alles leistet, stößt auf den Widerstand der  
293            Feinde der Demokratie. Jede Anfeindungen und jeder Angriffe auf  
294            Wissenschaftler\*innen verurteilen wir und gehen konsequent dagegen vor.
  
- 295            • Die **Landeszentrale für politische Bildung** leistet einen wichtigen Beitrag,  
296            um die demokratische Kultur im Land zu stärken und die Teilhabe an  
297            politischen Prozessen zu steigern. Wir sehen aber auch: Die politische  
298            Bildung erreicht noch nicht genug Menschen und ist damit in ihrer Wirkung  
299            noch nicht ausreichend. Deshalb müssen wir unseren Fokus auf eine  
300



301 aufsuchende politische Bildung legen und die passenden Rahmenbedingungen  
302 dafür setzen. Aus diesem Grund unterstützen wir das Vorhaben der schwarz-  
303 grünen Landesregierung, die Institution inhaltlich und strukturell zu  
stärken.

304 • Anti-Demokrat\*innen und ihre Rechtsaußen-Unterstützer\*innen missbrauchen  
305 Politik-Skandale für verallgemeinernde Hetze und als Aufhänger für  
306 Verschwörungserzählungen. Wir verteidigen das demokratische Ringen um  
307 Kompromisse unter Beteiligung möglichst vieler betroffener Gruppen. Wir  
308 machen Beteiligungsprozesse bei der Gesetzgebung transparent, indem wir  
309 für NRW ein **Lobbyregister** einführen. Es wird durch einen sogenannten  
310 **Legislativen Fußabdruck** ergänzt. Damit wird der Gesetzgebungsprozess  
311 deutlich transparenter. Es wird in Zukunft offengelegt, welche  
312 Lobbyist\*innen Einfluss auf die Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben  
313 und welche Treffen zwischen Politik, Verwaltung und  
314 Interessenvertreter\*innen stattgefunden haben.

315 • Debatten müssen öffentlich auf Basis von Fakten geführt werden können. Wir  
316 kämpfen dafür, die **Medienkompetenz aller Bürger\*innen zu stärken** und  
317 wollen damit gezielten Desinformationskampagnen entschlossen  
318 entgegentreten. Wir fördern die Medienvielfalt und stärken die Bedeutung  
319 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant für eine ausgewogene und  
320 neutral recherchierte Berichterstattung.

321 • Wir möchten die Sensibilität und Aufklärung zu gezielten  
322 Desinformationskampagnen aus dem Ausland stärken, gerade aus Russland,  
323 China und der Türkei. Unsere Mitbürger\*innen, die zur Zielscheibe dieser  
324 Kampagnen werden, müssen wir besser schützen. Dazu zählt auch, dass wir  
325 bei Demokrat\*innen für eine klare Haltung gegen solche Verbände und  
326 Vereine werben müssen, die von autoritären Staaten aus dem Ausland  
327 gesteuert werden. Wir unterstützen das Verbot von Sendern aus Russland,  
328 die Propaganda eines Staates verbreiten, der einen völkerrechtswidrigen  
329 Angriffskrieg führt.

330 • Wir fordern in den Verhandlungen für ein EU-Gesetz für Medienfreiheit,  
331 dass Transparenz über den Besitz an Medien möglichst bürgernah  
332 gewährleistet wird. Die Besitzer von Medien, die Desinformation  
333 verbreiten, müssen öffentlich verantwortlich gemacht werden können. Wir  
334 fordern die EU-Kommission auf, die Einhaltung der Regeln des EU-Gesetz für  
335 digitale Dienstleistungen zu nutzen, um von großen digitalen Plattformen  
336 die Löschung illegaler Hetze so schnell wie möglich einzufordern und als  
337

338 Konsequenz für eine Nichtbefolgung das volle Maß an Sanktionen  
339 auszuschöpfen.

339 • Wir begrüßen das **europäische Digitale-Dienste-Gesetz**, mit dem zum ersten  
340 Mal weltweit Algorithmen sozialer Plattformen auf den Prüfstand gestellt  
341 werden. Die Verbreitung von Desinformation und Hass dürfen kein  
342 wirtschaftliches Geschäftsmodell sein. Gerade Frauen werden  
343 überdurchschnittlich Opfer von Hass-Kommentaren im Netz mit immer noch  
344 steigender Tendenz. Wir fordern die Bundesnetzagentur und die  
345 Bundesregierung auf, sich bei der EU-Kommission für eine starke  
346 Durchsetzung zum Schutz der Demokratie einzusetzen.

347 • Demokratie lebt vom Mitmachen, denn Beteiligung hilft uns dabei, Lösungen  
348 zu finden, die von allen getragen werden. Politische Entscheidungsprozesse  
349 können nur verbessert werden, wenn die unterschiedlichen Perspektiven und  
350 Alltagserfahrungen einer Bevölkerung einfließen können. Damit dies  
351 geschehen kann, bringen wir auf Landesebene den Prozess zur **Einsetzung**  
352 **zweier Bürgerräte** voran, der zu ausgewählten Themen, die Gesellschaft  
353 repräsentativ abbildend, stattfinden soll.

354 • Demokratie braucht eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für die  
355 Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzt. Wir begrüßen daher den  
356 Gesetzentwurf der Ampelregierung zum **Demokratiefördergesetz**, mit dem die  
357 Erwartung einer auskömmlichen Finanzierung der Maßnahmen im Bereich der  
358 Demokratieförderung, der Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft, der  
359 Rechtsextremismusprävention sowie der politischen Bildung verbunden ist.

360 • Demokratie braucht politische Bildung, Orte des Zusammenkommens, des  
361 gemeinsamen Lernens gerade für junge Menschen. Demokratie braucht neben  
362 starken Gewerkschaften und einer starken Zivilgesellschaft auch starke  
363 **demokratische Jugendverbände**. Als Bollwerk gegen Demokratiefeind\*innen,  
364 für Teilhabe und als Raum des Lernens wollen wir sie auf finanziell  
365 sichere Füße stellen.

366 • Wir Grüne scheuen keine Auseinandersetzung, wir sind jederzeit bereit für  
367 die politische Auseinandersetzung um das beste Argument. Als  
368 Demokrat\*innen sind wir bereit zuzuhören und Widerspruch hinzunehmen. Aber  
369 die Toleranz in der Demokratie muss Grenzen haben. Sie darf nicht die  
370 tolerieren, die sie abschaffen wollen. Wenn ausländische und insbesondere  
371 autoritäre Staaten oder ihnen nahestehende Vereine versuchen, unsere  
372 demokratische Grundordnung zu delegitimieren, sei es durch soziale Medien

373 oder in Präsenz, werden wir das nicht unbeantwortet lassen. Gerade dann  
374 braucht es ein **Unterhaken der Demokrat\*innen**. Ein Best-Practice Beispiel  
375 ist der interfraktionelle Bundestagsbeschluss "Nationalismus und Rassismus  
376 die Stirn bieten - Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen" aus dem  
377 Jahr 2020.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.

## **V-01 Demokratie stärken heißt Bildung stärken**

Gremium: Landesparteirat (LPR)

Beschlussdatum: 15.10.2023

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Deutschland muss sich mehr anstrengen, um allen seinen Kindern und Jugendlichen  
2 in einer sich rasch verändernden Welt umfängliche Bildungschancen zu  
3 gewährleisten. Der bundesweite Bildungsprotesttag am 23.9.23 hat zu Recht eine  
4 große Resonanz erfahren. Er hat den Bemühungen darum, eine Bildungswende zu  
5 schaffen, Rückenwind gegeben.

6 Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam zu handeln. Alle staatlichen Ebenen sind  
7 gefordert, abgestimmt und nachhaltig in Bildung zu investieren. Ausbleibende  
8 Investitionen heute gefährden die Zukunft unseres Landes. und sie beschädigen  
9 das Recht auf Bildung, das allen Menschen zusteht. Wir stellen fest:

10 • Investitionen in Bildung sind die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Sie  
11 arbeiten gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft.

12 • Gute Bildung ist das Fundament einer starken Demokratie. Unser Land braucht  
13 Menschen, die mit Herz und Verstand an die Zukunftsaufgaben für unsere  
14 Gesellschaft gehen und das demokratische Gemeinwesen gestalten.

15 • Wir wollen kein Talent verlieren. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von  
16 morgen, die die Zukunft dieses Landes gestalten.

17 • Ein funktionierendes Bildungssystem ist auf handlungsfähige Kommunen  
18 angewiesen.

19 **Wir wollen deshalb ein Zukunftspaket Bildung schnüren.**

20 Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch, um drängende Fragen zu  
21 bearbeiten. Dass der Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin nicht genutzt  
22 wurde, um die Bildungskrise zwischen den Ebenen zu thematisieren, ist eine  
23 vertane Chance. Es muss jetzt darum gehen, dieses Versäumnis umgehend  
24 nachzuholen, und in einem gemeinsamen Prozess zwischen alle staatlichen Ebenen

25 und im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft die Weichen dafür zu stellen,  
26 dass Deutschland in der Bildungspolitik besser wird.

27 Dabei muss es trotz enger werdender Spielräume in den Länderhaushalten, um die  
28 Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit und um konkrete Investitionen im  
29 Bildungsbereich gehen. Das Land ist gefordert, mit den Kommunen gemeinsam eine  
30 zukunftsfähige Schulträgerfinanzierung zu entwickeln, die die Aufgaben zwischen  
31 Land und Kommunen nach vorne gerichtet gestaltet und ihre Finanzierung  
32 absichert. Dies betrifft den Schulbau genauso wie die digitale Ausstattung der  
33 Schulen. Mit den Rezepten und Mitteln des vergangenen Jahrhunderts lassen sich  
34 die Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr bewältigen.

35 Multiprofessionelle Kräfte am Lebensort Schule sind notwendig, um den Kindern  
36 aus benachteiligten Quartieren Chancen zu eröffnen. Die im Quartier vorhandenen  
37 Kräften müssen die Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag  
38 unterstützen. Wir brauchen darum eine verlässliche Steuerung von Mitteln nach  
39 Bedarf, ein Ganztagsangebot, das Kindern ganzheitliche Entwicklungsmöglichkeiten  
40 bietet und mit den Schulen verzahnt ist.

41 Für uns ist klar: Der Rechtsanspruch auf Ganzttag muss im Schulgesetz NRW  
42 verankert sein. Er muss die Möglichkeit bieten, dort, wo es die Bedarfe der  
43 Sozialräume in den Kommunen oder die Wünsche der Eltern erfordern, gebundenen  
44 Ganzttag rhythmisiert zu gestalten.

45 Und wir brauchen eine bessere Gestaltung des Übergangs zwischen  
46 Kindertageseinrichtung und Grundschule. Eine Vereinbarung über verbindliche  
47 Bildungsgrundsätze für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren in NRW, die für einen  
48 guten Übergang zwischen früher Bildung und Grundschule sorgt, ist überfällig.

49 Wir wollen handlungsfähige Kommunen, um die Arbeit in Kindertagesstätten, im  
50 Offenen Ganzttag, im Ausbau der Unterstützungs- und Assistenzsysteme für  
51 inklusive Bildung qualitativ zu stärken und weiter auszubauen. Angesichts der  
52 fortdauernden multiplen Krisen und ihrer massiven finanziellen Folgen für die  
53 kommunalen Haushalte führt eine unvorbereitete unmittelbare Integration der  
54 Krisenkosten in die regulären Haushalte zur Handlungsunfähigkeit vieler Städte  
55 und Gemeinden, die zu einem Stopp vieler Bildungsinvestitionen führen würde. Der  
56 Sanierungsstau im Bereich der Schulen darf sich jedoch nicht weiter verschärfen,  
57 sondern muss aufgeholt werden, und Bildungsorte müssen zukunftsfähig gestaltet  
58 werden.

59 Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Länder stärken, damit Aus und Fortbildung  
60 in Erziehung, Bildung und Betreuung forciert wird und die personelle Ausstattung  
61 verbessert wird. Wir wollen, dass die Gelder, die im Landeshaushalt für  
62 Lehrkräftestellen vorgesehen sind und nicht besetzt werden können, den Schulen  
63 über Kapitalisierung und Finanzierung von Unterstützungsstrukturen wie

64 students@school, Mentoringprogrammen und dem Ausbau multiprofessioneller Teams  
65 verlässlich zur Verfügung gestellt werden.

66 Wir wollen, dass Bund und Land verlässlich in die Gemeinschaftsaufgabe Bildung im  
67 Rahmen dieses Zukunftspakets Bildung investieren.

68 Das Start-Chancen-Programm ist nur ein erster Beitrag. Es zeigt, dass  
69 Bildungspolitik auch im Föderalismus gemeinsame Anstrengungen von Bund und  
70 Ländern gelingen können. Es braucht aber eine verlässliche Basis in einem  
71 gesicherten mehrjährigen Investitionsprogramm, damit u.a. der Rechtsanspruch auf  
72 den Ganzttag, die Digitalisierung und der Abbau von Bildungsungerechtigkeit  
73 realisiert werden und Energien nicht in zähen Aushandlungsprozessen aufgezehrt  
74 werden.

75 **Wir sind überzeugt: Ein Zukunftspaket Bildung stärkt das Zutrauen in die**  
76 **Demokratie und die Entwicklung eines inklusiven und leistungsfähigen**  
77 **Bildungssystems.**